

Zug, 10. Februar 2015

Sicherheitsdirektion des Kantons Zug
Regierungsrat
Beat Villiger
Postfach
6301 Zug

Per E-Mail an info.sd@zg.ch

Vernehmlassung Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Villiger
Sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP.Die Liberalen Zug bedankt sich für die Möglichkeit, sich im Rahmen dieser Vernehmlassung zur Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung (GVGZ) äussern zu können. Die FDP setzt sich für eine freiheitliche und marktorientierte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein. Entsprechend bedarf es für die FDP ganz grundsätzlich einer besonderen Begründung und Rechtfertigung, weshalb eine Aufgabe durch den Staat wahrgenommen wird, welche auch durch Private wahrgenommen werden kann. Im Falle einer Monopolsituation gilt dies umso mehr. Denn Marktschliessungen in Verbund mit staatlichen Monopolen verhindern den erfolgreichen Wettbewerb, welcher erst Innovationen und ständige Optimierungen fördert. Auch dies ein Erfolgsfaktor der Schweiz. Zudem sind im Markt bereits Unternehmen tätig, welche diese Aufgabe in diversen Kantonen ausführen und auch im Kanton Zug übernehmen könnten.

In der Vernehmlassungsvorlage wird unter Ziffer 2.1 ausgeführt, weshalb die Regierung am Monopol festhalten wird. Diesen Ausführungen fehlt es jedoch an Substanz und überzeugen teilweise auch nicht in der Sache. Im Weiteren greifen gewisse Punkte - so beispielsweise der Hinweis, dass die Vertriebskosten entfallen und keine Gewinne an Gesellschafter ausgerichtet werden müssen - aus einer marktwirtschaftlichen Optik schlicht zu kurz. Die FDP erwartet von der Regierung im Bericht und Antrag an den Kantonsrat eine substantiierte Darlegung, weshalb im Bereich der Gebäudeversicherungen ein Staatsmonopol langfristig einen Mehrwert für den Kanton Zug und ihre Bürgerinnen und Bürger schaffen sollte.

Hält man organisationsrechtlich an der Form der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt (Monopol) fest, erachtet die FDP die angedachte Organisationsstruktur der GVZG als sinnvoll. Politisch zentral dabei ist, dass die Gebäudeversicherung im Sinne der Bevölkerung handelt. Daher ist es der FDP ein zentrales Anliegen, dass der Regierungsrat nicht nur eine Aufsichtsfunktion bei der Gebäudeversicherung wahrnimmt, sondern auch eine Steuerungsfunktion (inklusive Kontrolle der Geschäfte) einnimmt.

Gemäss Vorlage ist vorgesehen, dass die strategische Führung neu durch einen professionellen Verwaltungsrat wahrgenommen wird, welcher auch die einheitliche Grundprämie festsetzt. Die FDP geht davon aus, dass bei einer zukünftigen Prämienhöhung die Gebäudestandards, so vor allem die junge Bausubstanz im Kanton Zug, dabei massgeblich berücksichtigt wird.

Das Amt für Feuerschutz wird gemäss Vorlage neu vollständig in die Gebäudeversicherung integriert werden und die Brandverhütung und Brandbekämpfung wird unter die einheitliche Leitung der GVZG gestellt. Dementsprechend nimmt die Gebäudeversicherung Zug auch Aufgaben im Bereich des Brandschutzes wahr. Die FDP ist der Meinung, dass die Regierung auf dem Verordnungsweg diesbezüglich legiferieren sollte.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme. Selbstverständlich behalten wir uns vor, die Details im Rahmen der zu erfolgenden kantonsrätlichen Kommissionsarbeiten noch vertiefter zu diskutieren und allenfalls auch weitere Anpassungen vorzuschlagen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Zug



Jürg Strub
Präsident



i.V. Birgitt Siegrist
Alice Landtwing
Kantonsrätin